

# Liste Fritz. Tirol

Pressespiegel

KW 24

09.06. bis 15.06.2025

# 350.000 Euro an Verfahrenskosten im OIG-Schultz-Streit

350.170 Euro kostete der Rechtsstreit zwischen OIG und Schultz-Gruppe – bezahlt mit Steuergeld. Liste Fritz legt Anfragebeantwortungen offen. Landesregierung hält Abtretungspreis geheim.

☰ IN KÜRZE



Liste Fritz Klubobmann  
Markus Sint

Die Affäre rund um die Beteiligung der Osttirol Investment Gesellschaft (OIG) an den Kaiser Bergbahnen der Schultz-Gruppe nimmt kein Ende. Mit dem nun endgültig abgeschlossenen Gerichtsverfahren flammt die Debatte über Transparenz und Steuergeldverwendung neu auf – befeuert durch die aktuelle Presseausendung der Liste Fritz. Klubobmann Markus Sint stellt klar: „Diese Geheimhaltung ist nicht zu akzeptieren.“

Neu ist dabei vor allem das Zahlenmaterial: Rund 350.000 Euro an Kosten hat die Auseinandersetzung laut aktueller Anfragebeantwortung von Landesrat Mario Gerber (ÖVP) bisher verursacht – allein für Gutachten, rechtliche Beratung und Verfahrensführung. Was die Causa zusätzlich brisant macht: Die tatsächliche Höhe des Abtretungspreises, den der Schultz-Konzern nach jahrelangem Streit an die öffentliche Gesellschaft zurückzahlt, bleibt unter Verschluss.



## Über die Summe wurde Vertraulichkeit vereinbart

Bereits im Mai berichtete die Kleine Zeitung über das Stillschweigen im Fall OIG gegen Schultz. Während der damalige Geschäftsführer Karl Poppeller die Causa als „erledigt“ bezeichnete und sich zur Höhe der Zahlung nicht äußerte, war von Seiten des Landes Tirol keinerlei Auskunft zu erhalten. Nun bestätigt die offizielle Anfragebeantwortung des Landes: Über die Summe wurde Vertraulichkeit vereinbart.

Für die Liste Fritz ist das ein politischer Skandal. Sint vermutet: „Das Beharren auf Verschwiegenheit und Geheimhaltung lässt mutmaßen, dass der Schultz-Konzern wenig zurückzahlen muss.“ In der ursprünglichen Bewertung war ein Abtretungspreis von 5,7 Millionen Euro veranschlagt worden. Der Schultz-Konzern hingegen überwies beim Ausstieg 2018 zunächst nur 34.055 Euro – umgerechnet einen Euro pro Anteil. Der Verdacht auf eine de facto versteckte Förderung stand bereits damals im Raum.

### **„Nur wer schlecht verhandelt, muss das Ergebnis geheim halten“**

Markus Sint spart in seiner aktuellen Aussendung nicht mit scharfer Kritik an der Landesregierung: „Ein niedriger, Schultz-freundlicher Abtretungspreis ist schlecht für die Steuerzahler, für Osttirol und die Glaubwürdigkeit der Landesregierung. Nur wenn ich schlecht verhandelt habe, muss ich das Ergebnis geheim halten.“ Die OIG, finanziert aus den Einnahmen der Felbertauernmaut, sollte eigentlich die wirtschaftliche Entwicklung im Bezirk fördern. Nun steht im Raum, dass ein großer Teil der sechs Millionen Euro Beteiligung nicht zurückfließt – während 350.000 Euro zusätzlich an Rechts- und Verfahrenskosten verbrannt wurden.

„Für die Beteiligung der OIG an der Kalser Bergbahn haben Landesregierung und OIG offensichtlich einen miserablen Vertrag aufgesetzt. So konnte der Schultz-Konzern beim Ausstieg den Abtretungspreis nachverhandeln“, stellt Sint klar. Und weiter: „OIG und Landesregierung haben diesen Bock geschossen, jetzt braucht es Transparenz statt Geheimhaltung, denn es geht um Steuergeld, nicht um ihr privates Geld.“

# Prozess gegen Schultz kostete die OIG 350.170 Euro

Liste Fritz kritisiert mangelnde Transparenz. Was hat der Rechtsstreit um Liftanteile gebracht? Das bleibt geheim.

Politik Redaktion 15.06.2025

Wie berichtet, einigten sich vor Ostern dieses Jahres nach einem Rechtsstreit die Osttiroler Investment Gesellschaft OIG und der Schultz-Konzern in der Causa „Abtretungspreis“. Dabei ging es um den OIG-Anteil an der Schischaukel Kals-Matrei. Die OIG, eine Tochterfirma der Felbertauernstraße AG und des Landes Tirol, hatte 2008 für eine Viertelbeteiligung an diesem Lift 6 Millionen Euro bezahlt. 2018 stieg sie aus der Liftgesellschaft aus und zunächst hatte es den Anschein, als bekäme die Schultz-Gruppe den OIG-Anteil geschenkt bzw. um symbolische 4 Euro überschrieben.

Ein Sturm der Entrüstung setzte die Politik ebenso unter Druck, wie die ÖVP-dominierte Geschäftsleitung der Felbertauernstraße AG. Ein Gutachter bezifferte den Wert der Anteile mit 5,7 Millionen Euro. Die Schultz-Gruppe wollte das aber keinesfalls bezahlen.





„Diese Geheimhaltung ist nicht zu akzeptieren. Es geht um bis zu 6,7 Millionen Euro Steuergeld,“ ärgert sich Markus Sint, der wissen möchte, wieviel Geld die OIG von der Schultz-Gruppe erhalten hat. Foto: Lieta Fritz

Vor Ostern dieses Jahres einigten sich OIG und Schultz nach langem hin und her auf einen Kompromiss. Bemerkenswert ist, dass über die Höhe des ausgehandelten Abtretungspreises Stillschweigen vereinbart wurde, obwohl es um Geld aus öffentlichen Töpfen geht. Das bringt Markus Sint, Klubobmann der Liste Fritz, in Rage. Er hatte wieder einmal eine – nun schon die neunte – Landtagsanfrage in dieser Causa an den zuständigen Landesrat Mario Gerber gestellt, der sich in seiner Beantwortung am 11. Juni aber hinter der Stillschweige-Vereinbarung verschanzt.

„Diese Geheimhaltung ist nicht zu akzeptieren. Es geht um bis zu 5,7 Millionen Euro Steuergeld. Es ist das Recht der Tiroler zu wissen, wie die Landesregierung in ihren Gesellschaften mit dem Geld der Steuerzahler umgeht und wie viel der Schultz-Konzern auf Basis des Vergleichs zurückzahlen muss. Das Beharren auf Verschwiegenheit und Geheimhaltung lässt mutmaßen, dass der Schultz-Konzern wenig zurückzahlen muss“, befürchtet Klubchef Sint.

Eine Zahl fand der rührige Oppositionsführer allerdings doch heraus, nämlich die bisherigen Prozess- und Gutachterkosten. Die Antwort von Landesrat Gerber im Originaltext: „Für die laufende Beratung und Vertretung durch Rechtsanwalt und Wirtschaftstreuhand, das Gutachten im Auftrag der OIG, 50 Prozent der Kosten des Schiedsgutachtens und die Klagseinbringung belaufen sich die Zahlungen auf 350.170,14 Euro (Zeitraum Juli 2018 bis Mai 2025). In diesem Betrag ist die Gerichtspauschalgebühr in Höhe von 72.368,- Euro bereits enthalten.“

# TVB Wilder Kaiser setzt sich für das Hotelprojekt ein

GOING. Wie berichtet planen die Bergbahnen Wilder Kaiser die Errichtung eines Hotels an der Talstation der Astbergbahn. Dafür wäre es nötig, eine landwirtschaftliche Vorbehaltsfläche umzuwidmen. Im Ort formierte sich breiter Widerstand gegen das Projekt, während sich der Bürgermeister und der Tourismusverband für das Projekt einsetzen. Am 29. Juni ist eine Volksbefragung anberaumt.

Eine umfassende Info-Kampagne hat der TVB per Folder und Online-Seite ([www.bergbahnen-hotel-going.at](http://www.bergbahnen-hotel-going.at)) gestartet, in der pro Hotel argumentiert wird.

Der TVB listet zahlreiche Argumente für die Realisierung des Hotelprojekts auf: Wegfall etlicher Tourismusbetriebe in letzter Zeit, verkehrstechnisch gute Lage, Schaffung von Arbeitsplätzen, langfristige Absicherung des Liftbetriebs samt Arbeitsplätzen (Sommer und Winter), zusätzliche Einnahmen für TVB und Gemeinde und Wertschöpfung in der Region, nachhaltige Bauweise des Hotels (Energie, begrünte Dächer uvm.), wobei diese Argumente jeweils im Detail erläutert und auch TVB-Wünsche eingebaut werden.

Im Resümee von Obmann Johann Adelsberger heißt es: „Der Tourismusverband Wilder Kai-



Bei der Astbergbahn soll ein Hotel entstehen.

Foto: Kogler

ser befürwortet eine Absicherung des Astberg-Liftbetriebs für Gäste und Einheimische. Das Hotel kann dafür eine geeignete Maßnahme sein.“

## Fritz- und BI-Kritik

Liste-Fritz-Klubobmann Markus Sint stößt sich besonders an der Online-Formulierung, dass das Hotel die Fläche „veredeln“ würde. „Es ist eine Frechheit vom TVB, den Bauern wird mitten ins Gesicht geschlagen, wenn laut TVB eine grüne Wiese mit einer Bettenburg 'veredelt' werden soll. Fakt ist, dass die Wiese zur Hälfte verbaut, versiegelt und der Landwirtschaft entzogen wird. Das 'veredeln' zu nennen, hat mit sachlicher Information nichts mehr zu tun, das ist nur Schönfärberei“, so Sint. Die BI „Stimme für Going“ schlägt mit ihrer Kritik und „Fassungslosigkeit“ in dieselbe Kerbe. (niko)

## Leserbrief

*Leserbrief über das geplante Großhotel in Going.*

Wer in Going lebt, kennt die Situation: Zu Stoßzeiten ist kaum noch ein Durchkommen. Schon heute kämpfen wir mit Lärm, Engstellen und stockendem Verkehr. Die Straßen in Richtung Astberg sind schmal und in teils schlechtem Zustand. Für den täglichen Verkehr reicht das kaum – und im Notfall könnten Einsatzfahrzeuge behindert werden. Hinzu kommen im Sommer E-Bikes, Ausflügler, Wanderbusse und KaiserJet-Fahrten. Im Winter steigen Zubringerfahrten, Personalverkehr

und Gästewechsel. Und auch Zweitwohnungsbesitzer sowie Einheimische nutzen täglich diese Straßen.

In diese bereits angespannte Situation sollen 288 zusätzliche Hotelbetten mit 265 Stellplätzen integriert werden? Die geplante Anlage bringt nicht nur Gäste, sondern auch mehr Lieferverkehr, mehr Personal, mehr Andrang – und letztlich mehr Stress für alle.

Wer hier lebt, weiß: Die Verkehrswege in Going sind am Limit. Was es jetzt braucht, ist Entlastung, nicht ein weiterer Belastungsfaktor.

**Lisa Widmair, Going**

Von der Redaktion bearbeitet und gekürzt.

# „Die meisten Investoren wollen einen Feriensitz“

Beim Hotelier-Treffen in Kitzbühel flammte die Debatte um Anleger-Hotels auf. Experte bestätigt: Investoren wollen Eigennutzung. Die ist aber verboten.

Von Max Strozi

**Kitzbühel** – So genannte Investorenmodelle („Buy to let“) haben in Tirol nicht an Brisanz verloren. Das hat zuletzt auch die Diskussion im Rahmen des Alpine Hospitality Summit, des Gipfeltreffens der Spitzenhotellerie, in Kitzbühel gezeigt. Investorenmodelle sehen idealerweise vor, dass Appartements in einem Hotelbetrieb für gutes Geld jeweils an unterschiedliche Anleger verkauft und im Rahmen des Hotelbetriebs dann an Urlauber vermietet werden. Selbst dürfen die Anleger ihre eigene Wohnung nicht nutzen, weil das einem illegalen Freizeitwohnsitz gleichkäme. Genau das ist der Punkt, an dem sich immer wieder die Debatten entzünden. Denn mitunter wurde die verbotene Eigennutzung von Projektentwicklern oder Maklern sogar aktiv beworben.

## Anleger wollen Eigennutzung

Denn kaum ein Anleger kauft ein solches Appartement, ohne dass er es auch selbst nutzen will, bestätigt ein Experte. „Im Verkauf sehen wir deutlich: Viele Menschen suchen eine Ferienimmobilie im Alpenraum“, schilderte etwa Albert Sacher vom Ferienimmobilienentwickler und -vermittler Alpenimmobilien, wie aus Diskussionsunterlagen des Touristiker-Treffens in Kitzbühel zum Thema Ferienimmobilien und Investorenmodelle hervorgeht. „Die Hälfte möchte die Immobilie selbst nutzen und den Rest der Zeit vermieten. Die andere Hälfte kauft ausschließlich zur Eigennutzung. Eindeutig ist: Kaum jemand investiert rein zur Kapitalanlage – ohne emotionale Rendite“, wird Sacher zitiert.

In einer B-Lage schaffe man „mit Glück 4 bis 4,5 Prozent Rendite bei 180 Tagen Auslas-



Begehrter Feriensitz: Wer in Anleger-Hotels investiert, nutzt sein Hotelappartement 16 Tage im Jahr selbst. Foto: iStock

„In Tirol vertritt man die zweifelhafte Rechtsauffassung, dass sich Eigentümer in ihrer Hoteleinheit nicht einmal kurzfristig einmieten dürfen.“

Thomas Reisenzahn (Prodingler)

„tung“, so der Experte: „Aber kein Investor macht das unter 6 Prozent.“ In der Schweiz dagegen funktioniert das Modell, weil Investoren dort in der Hochsaison drei Wochen Eigennutzung haben dürfen und es in der Nebensaison diesbezüglich keine Einschränkungen gebe.

## Freizeitwohnsitz gewünscht

Auch Thomas Reisenzahn, Geschäftsführer des Tourismus- und Steuerberaters Prodingler, kennt die Problematik. „Die meisten Investoren wollen ei-

nen Freizeitwohnsitz, aber das ist eben nicht möglich“, sagt er: „In Tirol vertritt man die – europarechtlich höchst zweifelhafte – Rechtsauffassung, dass sich Eigentümer in ihrer von einem Hotel betriebenen Hoteleinheit nicht einmal kurzfristig als Gast selbst einmieten dürfen.“ Umfragen allerdings würden zeigen, dass „Buy to let“-Eigentümer in Österreich ihr Appartement 16 Tage im Jahr selbst benutzen. Auch Reisenzahn fordert, dass sich Tirol am Schweizer Modell anlehnt. International würden mehr Hotels über Investorenmodelle finanziert als über Banken.

## Neues Anlegerhotel geplant

In Tirol wurde es zuletzt ruhiger rund um neue Investorenmodelle. Nun aber sei eine solche Anlage mit 46 Appartements in Maurach am Achensee anstelle eines bestehenden Hotels geplant, schildert

„Wenn Regierung und Tourismus keine Investorenmodelle wollen, warum spricht in einem Tourismus-Hotspot ein Investorenmodell aus dem Boden?“

Markus Sint (Liste Fritz)

Liste-Fritz-Klubchef Markus Sint, der Investorenmodelle kritisch sieht. „Angeblich wollen Landesregierung und Tourismus keine weiteren Investorenmodelle im Land“, so Sint. „Wenn das stimmt, warum spricht dann mitten in einem Tourismus-Hotspot wie Maurach ein Investorenmodell aus dem Boden“, kritisiert er. Es sei „unglaublich“, wenn in Sonntagsreden ein Aus für solche Projekte gefordert wird, aber am Montag solche Investorenburgen durchgewunken werden.“



UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR TIROL

## Nichts für zarte Gemüter

Bernhard Aichner setzt mit „John“ seinen Thriller „Yoko“ fort. **Seite 15**

## Hüttenwirtin zeigt Haltung

Ilona Hultsch kocht auf der Kelchalm in Aurach regional und sogar vegan. **Seite 21**



Dienstag, 10. Juni 2025 80. Jahrgang | Nummer 158

Preis € 2,50

# Stau-Chaos am Brenner hat Nachspiel

Nach Mega-Stau am Samstag wird der dieswöchige Dreier-Landtag in Meran zum Krisentreffen umfunktioniert. Es kracht in der Europaregion Tirol.

**Innsbruck, Meran** – Während sich das Land Tirol gemeinsam mit dem Autobahnbetreiber Asfinag bemüht, die Auswirkungen der seit Jahren angekündigten Sanierung der Luegbrücke so gering wie möglich zu halten, wird die grenzüberschreitende Verkehrspolitik in Südtirol und im Trentino torpediert. Im Vorfeld gab es keine Informationen, dass der Grenztunnel in Südtirol am stärksten Reisewochenende im Juni in der Nacht auf Samstag nur einspurig befahrbar ist. Selbst in gemeinsamen Videokonferenzen wurde vom Betreiber der Brennerautobahn in Südtirol nicht darauf hingewiesen.

Ein Rückstau vom Brenner bis auf die Inntalautobahn sowie verstopfte Landstraßen im Wipptal waren die Folge. Im Gegensatz zum Grenztunnel konnte der Reiseverkehr auf der Luegbrücke auf zwei Fahrstreifen rollen. Jetzt reicht's der Tiroler Poli-

tik, beim Dreier-Landtag mit Südtirol und dem Trentino am Donnerstag sowie Freitag in Meran soll politisch Tacheles geredet werden.

Im Bundesland Tirol steht der Verkehrskochtopf vor der Sommerreiseperiode bereits unter Druck, der Dreier-Landtag wird im Krisenmodus stattfinden. Die Landeshauptleute Anton Mattle, Arno Kompatscher (Südtirol) und Maurizio Fugatti (Trentino) sowie die Verkehrsreferenten werden Gespräche führen. „Ich hoffe, dass daraus Handlungsoptionen für die Autobahnbetreiber entstehen und auf einen Schulterschluss mit Südtirol“, erklärt Verkehrs-LR René Zumtobel (SPÖ).

Kritik am „zahnlosen und inhaltsleeren“ gemeinsamen Landtag kommt ebenfalls aus Tirol. Alle Landtagsparteien fordern eine Reform des Dreier-Landtags. (pn)

Mehr auf den Seiten 2, 4



Drei Mannschaften aus zwei Vereinen im Cup-Glück: Die Reichenau jubelte mit der U18 (l. Denis Dulic) und der Kampfmannschaft (r. Lukas Caria), der SVI mit den Damen (M., Sarah Kapeller). Fotos: Böhm, Roman Huber, TT/Angerer

# Der Tiroler Fußball jubelt

**Tarrenz** – Was für ein Finaltag! Nicht weniger als 3000 Fans, die meisten aus dem Wacker-Lager, sahen gestern in Tarrenz drei tolle Finalspiele des Tiroler Fußball-Cups. Nach der Reichenauer U18 (3:1 gegen Stubai) und

den SVI-Damen (3:0 gegen Vomp) kam es im Herren-Endspiel zum Innsbrucker Derby. Im Duell der künftigen Westliga-Konkurrenten wählte sich die Reichenau durch einen Wacker-Ausschluss auf der Siegerstraße,

ehe Wacker-Tormann Tauber ein kurioses Ausschuss-Tor erzielte. Die Reichenau glich spät zum 1:1 aus und setzte sich schließlich im Elferschießen durch. (dale)

Mehr auf Seite 29

# Debatte um Feriensitze in Hotels

Wer in Anleger-Hotels investiert, will einen Freizeitwohnsitz, bestätigen Experten.

**Kitzbühel** – Die Debatte um Freizeitwohnsitze und Anleger-Hotels köchelt. Zuletzt kam das Thema bei einem Touristiker-Treffen aufs Tapet. Dort bestätigte ein Experte für Ferienimmobilien, was Kritiker von Anleger-Hotels schon lange monieren: Demnach kaufe kaum ein Investor ein Apartment in einem Anleger-Hotel als reines Kapitalinvestment. Wer kauft, möchte das Apartment nicht nur an Urlauber vermieten, sondern auch selbst nutzen, wird der Fachmann in Unterlagen zu dem Treffen zitiert. Die gewünschte Eigennutzung ist aber verboten, weil sie einem illegalen Freizeitwohnsitz gleichkäme. Auch Tourismusberater Thomas Reizenhahn weiß: „Die meisten Investoren wollen einen Freizeitwohnsitz, das ist aber nicht möglich.“ Tirol vertrete eine „europarechtlich höchst zweifelhafte Rechtsauffassung, dass sich Eigentümer in ihrer Hoteleinheit nicht einmal kurzfristig einmieten dürfen“. Markus Sint (Liste Fritz) kritisiert indes, dass Tirol weiter die umstrittenen Anleger-Hotels ermögliche. (mas)

Mehr auf Seite 18

# Lebenszeichen von Sara

**Innsbruck** – Es gab kaum noch Hoffnung, dass Sara wieder auftaucht. Die mittlerweile 17-jährige Innsbruckerin ist vor zweieinhalb Jahren spurlos verschwunden. Zuvor hatte sie sich dem radikalen Islam zugewandt, soll engen Kontakt mit einem Mann im Internet gehabt haben, den sie heiraten wollte. Nun gibt es eine heiße Spur, bestätigt die Polizei. Eine Jugendliche soll Sara selbst getroffen haben. Demnach lebt sie in Deutschland – mit Mann und Kindern. (TT)

Mehr auf Seite 5



# Machtprobe in Los Angeles

In den USA spitzt sich der Konflikt um Abschiebungen zu. Präsident Donald Trump schickte die Nationalgarde nach Los Angeles. Sorgen um seine zweite Heimat New York macht sich der Tiroler Jazzer Franz Hackl. Die Stadt werde Trump aber überleben, hofft er. Mehr auf den Seiten 11, 12

Foto: AFP/Chiu

# Regierung hatte keine Schonfrist

**Wien** – Schonfrist hatte die Koalition von ÖVP, SPÖ und NEOS von ihrer Angelobung am 3. März an keine. Miese Aussichten für das Budget und trübe Erwartungen für die Wirtschaft forderten die Regierung von Kanzler Christian Stocker (ÖVP) vom Start weg. Nach 100 Tagen im Amt hat sich der Dreier stabilisiert. Nächste Woche steht im Nationalrat das Doppelbudget zur Abstimmung. In den Umfragen führt aber mit großem Abstand die FPÖ. (TT)

Mehr auf den Seiten 2, 3

Aufgeblättert

# Vollgas in den Sommer

Von Nicole Strozzi

Wieder ein langes Wochenende geschafft. Die Väter haben nun auch etwas Selbstgebasteltes und alle Kurzurlauber sind zuhause angekommen und stehen hoffentlich nicht mehr auf der Autobahn. Aber reden wir nicht schon wieder über Stau, auch nicht von der 50-Kilometer-Autokolonne in Salzburg Richtung Süden. Nein, das würde nur alle, die live dabei waren, triggern. Reden wir auch nicht darüber, dass wir im Westen Österreichs nicht mehr Auto fahren, sondern Auto stehen. Und schweigen wir, wenn es um aufgestaute Gefühle, Mittelfinger, quengelnde Kinder auf der Rückbank oder volle Blasen in ungünstigen Momenten geht. Sprechen wir lieber über den Sommer, die Hitzewelle, über Twinni, Jolly, Schwimmbad-Pommes, Weißen Spritzer und rissige Hornhaut in Sandalen. Das alles blüht uns wieder in den nächsten Tagen. Der Sommer nimmt Fahrt auf. Beten wir, dass er nicht auf der Autobahn stecken bleibt.

## WETTER

**Sonnig.** Der Vormittag bringt in Nordtirol jede Menge Sonnenschein. Erst am Nachmittag ziehen harmlose Wolkenfelder auf. Die Temperaturen erreichen sommerliche Werte. **Seite 28**



10°  
28°

## LEBEN

**Vitamine & Co.** Nahrungsergänzungsmittel sind ein Milliardengeschäft. Doch nicht alles, was vor allem in den sozialen Medien angepriesen wird, macht Sinn. Worauf man achten sollte, erklärt ein Experte. **Seite 17**

## LOKALES

**Kirche wirbt.** „Ist denn der Kirche nichts mehr heilig?“ In Fügen spaltet Werbung auf dem Kirchturm die Geister. Für die Sanierung braucht man Geld, erklärt der Pfarrer. Warum nicht mit Werbeflächen? **Seite 19**



Das Gerüst zur Sanierung bietet Platz für Werbung. Foto: TT/Dähling

## SO FINDEN SIE

Notdienste, Wohin heute ..... Seite 35  
Todesanzeigen ..... Seite 27  
Österreichische Post AG, TZ 022031607 T  
Schlüsselverlag J.S.Moser, Brunecker Straße 3,  
6020 Innsbruck; Retouren an PF 100, 1350 Wien



9 015480 002582 2 4

Tiroler Tageszeitung  
TT-Club

Ihre TT-Club-Vorteile finden Sie wöchentlich in der TT am Sonntag oder online unter

club.tt.com



# Debatte um Feriensitze in Hotels

Wer in Anleger-Hotels investiert, will einen Freizeitwohnsitz, bestätigen Experten.

**Kitzbühel** – Die Debatte um Freizeitwohnsitze und Anleger-Hotels köchelt. Zuletzt kam das Thema bei einem Touristiker-Treffen aufs Tapet. Dort bestätigte ein Experte für Ferienimmobilien, was Kritiker von Anleger-Hotels schon lange monieren: Demnach kaufe kaum ein Investor ein Apartment in einem Anleger-Hotel als reines Kapitalinvestment. Wer kauft, möchte das Apartment nicht nur an Urlauber vermieten, sondern auch selbst nutzen, wird der Fachmann in Unterlagen zu dem Treffen zitiert. Die gewünschte Eigennutzung ist aber verboten, weil sie einem illegalen Freizeitwohnsitz gleichkäme. Auch Tourismusberater Thomas Reisenzahn weiß: „Die meisten Investoren wollen einen Freizeitwohnsitz, das ist aber nicht möglich.“ Tirol vertrete eine „europarechtlich höchst zweifelhafte Rechtsauffassung, dass sich Eigentümer in ihrer Hoteleinheit nicht einmal kurzfristig einmieten dürfen“. Markus Sint (Liste Fritz) kritisiert indes, dass Tirol weiter die umstrittenen Anleger-Hotels ermögliche. *(mas)*



Am Samstag stand der Verkehr still: Es staute sich vom Brenner bis auf die Inntalautobahn zurück. Auch in den Dörfern ging nichts mehr. Foto: Rita Falk

## „Transit nimmt Tirol in den Würgegriff“

Grenzüberschreitendes Verkehrsmanagement mit Südtirol steht wieder auf dem Prüfstand. Transitforum fordert Dosierungen an den Grenzen.

**Innsbruck** – Der vergangene Samstag bringt das Fass jetzt endgültig zum Überlaufen: sowohl in der Landespolitik als auch bei den Umweltinitiativen wie dem Transitforum von Fritz Gurgiser. Vom Brenner staute sich eine Blechlawine zurück bis auf die Inntalautobahn. Grund war allerdings nicht die Sanierung der Luegbrücke, die zweispurig befahren werden konnte, sondern eine nicht angekündigte Baustelle im Grenztunnel in Südtirol. Warum Tirol im Vorfeld nicht informiert wurde, darüber gibt es seit dem Wochenende intensive Diskussionen.

### Zündstoff vor Treffen

Beim Dreier-Landtag in Meran soll es dazu ein Krisentreffen auf höchster politischer Ebene mit Vertretern aus Südtirol und dem Trentino geben. Schließlich geht es um ein funktionierendes grenzüberschreitendes Verkehrsmanagement. Die gemeinsame Landtagssitzung birgt ohnehin Zündstoff. Wegen der Luegbrücke fordert das Trentino nämlich die Aufhebung des Nachtfahrverbots, was von Tirol vehement abgelehnt wird. Ausgeblendet werden hingegen die ständigen Bauarbeiten im Grenztunnel, die in der Nacht auf Samstag und gerade zu Pfingsten offensichtlich überfallsartig erfolgt sind.

Tirol will sich nicht länger den „Schwarzen Peter“ zuschieben lassen und nimmt Südtirol, das Trentino und den Betreiber der Brennerautobahn in Italien in die Pflicht. „Am Pfingsttag, dem prognostiziert verkehrsintensivsten Tag des Jahres, unabgesprochen den italienischen Grenztunnel einspurig zu führen, ist für mich nicht nachvollziehbar“, übte Verkehrs-Landesrat René Zumto-

bel (SPÖ) bereits am Sonntag scharfe Kritik.

Für den Chef des Transitforums Fritz Gurgiser ist das Maß des Erträglichen längst erreicht. Pfingsten 2025 muss für ihn der Startschuss für „effiziente, zeitgemäße und bedarfsorientierte Dosierungen“ sein. „Dass Tirol und andere Alpenländer schon tagelang einem rücksichts- und verantwortungslosen bis deutlich gesetzwidrigen ‚Transit-Psychoterror‘ ausgesetzt werden,



„Es geht darum, den Verkehr auf das Maß zu reduzieren, das dieser einzigartige alpine Raum verträgt.“

Fritz Gurgiser  
(Obmann des Transitforums)

ist nicht duldbar. Die Konsequenzen sind zu ziehen – entweder mit den Nachbarn oder eben ohne sie.“

An den Grenzen müsse dosiert werden, denn die Bevölkerung entlang der Transitstrecken sei massiv vom Verkehr betroffen, argumentiert Gurgiser. Besuche von Verwandten, Bekannten etc. in anderen Orten bzw. Krankenhäusern, Alten- und Pflegeheimen würden darunter leiden – und in immer stärkerem Ausmaß auch alle Blaulichtorganisationen, vor allem Rettungsdienste und Notärzte. (pn)

# Dreier-Landtag in der Krise, Parteispitzen fordern Reform

Von „Feel-good-Programm“ bis „konfliktscheu“: Im Vorfeld der Sitzung mit Südtirol und dem Trentino hagelt es Kritik vom Tiroler Landtag.

Von Peter Nindler

**Innsbruck** – Alle zwei Jahre treffen sich die 106 Abgeordneten aus Tirol, Südtirol und dem Trentino zu einer gemeinsamen Sitzung – dem Dreier-Landtag. Dieses Mal am Donnerstag und Freitag in Meran. Dabei fassen sie Entscheidungen zu grenzüberschreitenden Themen. Bisher haben sie 218 Beschlüsse in den Bereichen Bildung, Kultur und Jugend, Wirtschaft, ländliche Entwicklung, Verkehr oder Umwelt, Soziales, Gesundheit sowie Arbeit abgesehen.

Politisch steht der Dreier-Landtag im Schatten des Euregio-Vorstands mit den drei Landeshauptleuten. Dort werden die wichtigen Weichen gestellt. „Es werden unzählige Anträge beschlossen, die nie umgesetzt werden. Viele Debatten sind inhaltsleer, jede kritische Auseinandersetzung wird im Vorfeld verhindert“, betont FPÖ-Klubchef Markus Abwerzger und fordert eine umfassende Reform.

### Aufwertung als Ziel

Das ist generell der einhellige Tenor von ÖVP, SPÖ, FPÖ, Liste Fritz, Grünen und NEOS. Für ÖVP-Klubobmann Jakob Wolf gehört der gemeinsame Landtag unbedingt reformiert. „Alles läuft sehr zäh ab. Wir sollten uns deshalb schon Gedanken darüber machen, was der Dreier-Landtag eigentlich sein soll.“ Wolf schwebt eine Aufwertung vor, ein „echtes Parlament“ für die Euregio-Regierung. „Die Aufgaben müssten natürlich klar definiert werden.“

Dass es keine kontroversiellen Debatten gibt, wird ebenfalls als großer Nachteil gesehen. „Natürlich ist es sinnvoll, wenn die Abgeordneten der Euregio zusammenkommen und über grenzüberschreitende Herausforderungen diskutieren“, sagt Liste-Fritz-Klubchef Markus Sint. Nur: „Vieles wird verwässert, man traut sich nicht, die Bruchlinien in den Regionen oder Inhalten öffentlich zu machen.“

Seiner NEOS-Kollegin Birgit Obermüller wird zu oft ein „Feel-good-Programm“ abgespult, obwohl natürlich die positiven Entwicklungen in der Euregio nicht unter den Teppich gekehrt werden sollten. „Solange nur Schönwetter-Anträge eingebracht werden dürfen, ist mir der



Vor zwei Jahren haben sich die Abgeordneten in Riva del Garda zum Dreier-Landtag getroffen. Foto: Landtag/Christiane



Foto: Avel Springer

„Man muss den Dreier-Landtag reformieren. Vielleicht braucht es ein richtiges Euregio-Parlament.“

Jakob Wolf/ÖVP  
(Klubobmann)



Foto: Rita Falk

„Ich finde es schade, dass kaum eine kritische Auseinandersetzung stattfindet. Das sollten wir ändern.“

Elisabeth Fleischanderl/SPÖ  
(Klubobfrau)



Foto: Thomas Böhm

„Man scheut jeden Konflikt, der Dreier-Landtag ist oft inhaltsleer. Es benötigt umfassende Reformen.“

Markus Abwerzger/FPÖ  
(Klubobmann)



Foto: Daniel Uebli

„Zu häufig verliert man sich im Kleinklein, damit es keine Debatten gibt. Das ist jedoch nicht sinnvoll.“

Markus Sint/Liste Fritz  
(Klubobmann)



Foto: Thomas Böhm

„Die drei Länder driften immer weiter auseinander. Das ist eine Entwicklung, die geschichtsvergessen ist.“

Gebi Mair/Grüne  
(Klubobmann)



Foto: Daniel Uebli

„Derzeit werden kontroverielle Debatten leider bereits im Vorfeld des Dreier-Landtags abgewürgt.“

Birgit Obermüller/NEOS  
(Klubobfrau)

Dreier-Landtag zu zahnlos. Wir sollten uns über die wirklich dringlichen Themen austauschen dürfen. Derzeit werden kontroversielle Debatten im Vorfeld abgewürgt.“

Die Kooperation sei natürlich positiv und wichtig, wie SPÖ-Klubobfrau Elisabeth Fleischanderl erklärt. Aber sie würde sich ebenfalls kritischere Auseinandersetzungen

wünschen. „Hier muss die Reform ansetzen, ein Landtag lebt von der politischen Debatte und kontroversiellen Diskussionen.“

### Nur politische Begleitmusik

Als Rahmenprogramm mit politischer Begleitmusik beschreibt schlussendlich der grüne Klubchef Gebi Mair den aktuellen Zustand des Dreier-

Landtags. „Dabei liegt in diesem Format für uns Grüne großes demokratisches Potenzial. Der Dreier-Landtag könnte sich zu einem echten Parlament der Euregio entwickeln – einem Ort des Austauschs und der Mitbestimmung.“ Stattdessen würden augenblicklich vor allem die inszenierten Auftritte der Landeshauptleute dominieren.

## Glettl kritisiert Trumps „Prayer Meetings“



Diözesanbischof Hermann Glettl kritisiert Donald Trumps religiöse Inszenierungen im „Oval Office“. Foto: Thomas Böhm

**Innsbruck** – Innsbrucks Bischof Hermann Glettl hat in seiner Predigt am Sonntag Pfingsten als „Lebensprogramm“ bezeichnet. Der Heilige Geist, dessen Wirken Christen zu Pfingsten feiern, sei „kein religiöses Aufputschmittel, keine spirituelle Droge“, sondern eine Kraft.

Daraus leitet Glettl auch seine Skepsis gegenüber den

öffentlich zur Schau gestellten „Prayer Meetings“ im Oval Office mit US-Präsident Donald Trump ab: „Mich beeindruckt die Prayer Meetings im Oval Office des amerikanischen Machtzentrums nicht! Der Heilige Geist lehrt uns doch, Unrecht zu benennen und nicht einer autoritären Politik ein frommes Mäntelchen umzuhängen.“ (TT)